

Einkommensrunde Bund und Kommunen

8 Prozent und mehr Zeit für dich

Das Forderungsvolumen von 8 Prozent, mindestens 350 Euro, mehr Einkommen, ist die Antwort auf den ekla-

gerade erst. In den nächsten zehn Jahren geht ein Drittel der Beschäftigten in den Ruhe-

demokratiegefährdend. Wir müssen diesen Trend jetzt umkehren. Spürbare Einkommenszuwächse sowie attrakti-

spürbare Attraktivitätsgewinne, ergänzte **Volker Geyer**, dbb Fachvorstand Tarifpolitik: „Diese Arbeitszeitkonten müssen dabei hochflexibel sein und sich nach den Vorstellungen der Beschäftigten richten, sowohl bei dem, was eingezahlt wird, als auch bei der späteren Nutzung. Das könnte dann eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, weitere freie Tage oder etwa Sabbaticals sein.“

Zentral ist für den dbb außerdem die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich des Bundes. „Das ist sachlich und ethisch zwingend, und erst dadurch wird diese Einkommensrunde erfolgreich zum Abschluss gebracht werden“, so Silberbach.

Ein Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich zur Erhöhung der Entgelte (gegebenenfalls zum besseren finanziellen Ausgleich von besonderen Belastungen). Weiterhin stehen drei zusätzliche freie Tage sowie ein freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder, die Einrichtung eines Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen, auf der Forderungsagenda. Die Entgelte unter anderem der Auszubildenden sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden. **MM**



Himmel Ertürk, Roland Stauder, Volker Geyer und Andreas Hemsing (von links) auf der Forderungsfindung für die Einkommensrunde von Bund und Kommunen

tanten Personalmangel. „Das werden sicher wieder lange Nächte“, kündigte der dbb Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** am 9. Oktober 2024 bei der Vorstellung der Gewerkschaftsforderungen für die Einkommensrunde an: „Uns fehlen jetzt schon 570 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst und die demografische Krise beginnt

„Wenn wir jetzt nicht für eine wettbewerbsfähige Bezahlung und attraktivere Arbeitsbedingungen sorgen, schmieren wir in der Konkurrenz mit der Privatwirtschaft ab.“ Die Bürgerinnen und Bürger würden aktuell bereits den Mangel erleben und zunehmend das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates verlieren, so Silberbach weiter: „Das ist

ve und flexible Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger erster Schritt. Nur so gewinnen Bund und Kommunen neue und motivieren vorhandene Beschäftigte.“

Vor allem auch die geforderten zusätzlichen drei freien Tage sowie die Flexibilisierung der Arbeitszeit durch ein innovatives Arbeitszeitkonto brächten

2 Beitragsexplosion in der PKV

Interview mit dem Debeka-Vorstandsvorsitzenden Thomas Brahm



4 Bürger Rathenow ist aktenkundig

Neues Veranstaltungsformat in der Geschäftsstelle



7 Hubert Meyers neuer Vorsitzender

Seniorenvertretung verabschiedet sich herzlich von Mathia Arent-Krüger



Gesetzliche Krankenversicherung und Pflegeversicherung Beitragsexplosion für 2025 angekündigt

Bundesgesundheitsminister **Karl Lauterbach** (SPD) erwartet für Anfang kommenden Jahres steigende Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Nur so gelängen die notwendigen Strukturreformen, die langfristig die Kostenentwicklung dämpfen. Gerade die gesetzliche Pflegeversicherung wird in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich tiefrote Zahlen schreiben. So erwarten die Pflegekassen in diesem Jahr ein Defizit von 1,5 Milliarden Euro, das im nächsten Jahr auf 3,5 Milliarden Euro ansteigen könnte. Die Gründe dafür seien vielschichtig. So sei unter

anderem die Reform von 2023 nicht ausreichend finanziert gewesen. Es droht der stärkste Anstieg der Sozialbeiträge seit mehr als 20 Jahren.

Zur Rettung der Pflegeversicherung soll unter anderem eine Erhöhung der Beiträge in Betracht gezogen werden. Die Krankenkassen forderten bisher eine Erhöhung des Beitragssatzes um 0,2 Prozentpunkte. Laut Bericht reicht das jedoch nicht aus, um die finanziellen Probleme zu lösen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass eine Erhöhung von 0,25 bis 0,3 Prozentpunkten notwendig sein

dürfte. Dies liege daran, dass nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr mit einer längeren Phase der Regierungsbildung zu rechnen ist, weshalb die Beiträge so stark erhöht werden müssten, damit die Gelder mindestens bis zum Frühjahr 2026 ausreichen.

Zur Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Kran-

kenversicherung (GKV) erklärt die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, **Dr. Carola Reimann**:

„Schon zur Jahreshälfte überspringt das GKV-Defizit die Zwei-Milliarden-Euro-Marke. Kassendefizite und Ausgabendynamik sind mittlerweile besorgniserregend, der Anstieg der Zusatzbeiträge innerhalb dieser Legislatur ist einmalig.“ Bereits ohne die drohenden Mehrausgaben durch die aktuellen Gesetzesvorhaben rechnet die AOK allein für 2025 mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von bis zu 0,6 Beitragssatzpunkten in der GKV.

Der allgemeine Beitrag zur GKV liegt derzeit bei 14,6 Prozent der Einkünfte, je zur Hälfte getragen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Hinzu kommt der von der Kasse abhängige Zusatzbeitrag. Er liegt laut Bundesgesundheitsministerium im Schnitt dieses Jahr

bei 1,7 Prozent. In der Pflegeversicherung liegt der Beitragssatz derzeit bei 3,4 Prozent des Bruttoeinkommens, bei Kinderlosen bei 4 Prozent. Der Bundeszuschuss zur GKV beträgt seit 2024 wieder 14,5 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt, der bekanntlich auch durch Steuerzahlungen von Unternehmen, Selbstständigen und Beamten finanziert wird. Der pauschale Bundeszuschuss aus Steuermitteln zur auch für PKV-Mitglieder verpflichtenden Pflegeversicherung in Höhe von einer Milliarden Euro wurde 2024 dagegen gestrichen.

MM



Dr. Carola Reimann ist Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes.

© AOK-Bundesverband



Prof. Dr. Karl Lauterbach ist Bundesminister für Gesundheit.

© BMG | Thomas Eckle

Beitragsexplosion in Kranken- und Pflegeversicherung

„Die Inflation ist im Gesundheitswesen angekommen“

Passend zur anstehenden Einkommensrunde im TVöD wird auch im nächsten Jahr das Leben teurer! Zu einer geplanten Beitragserhöhung von 0,3 Punkten in der Pflegeversicherung kommt noch das Beitragsplus in der gesetzlichen Krankenversicherung von 0,8 Prozentpunkten hinzu. Damit könnten die Sozialbeiträge zum Jahresanfang 2025 so

stark steigen wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Zur Begründung wurde seitens der Bundesregierung darauf verwiesen, dass nach der Bundestagswahl im Herbst 2025 mit einer längeren Phase der Regierungsbildung zu rechnen sei. Deshalb müsse die Erhöhung so ausfallen, dass das Geld mindestens bis zum Frühjahr 2026 ausreiche. Auch die

privaten Krankenversicherungen (PKV) heben die Beiträge spürbar an. Die Redaktion hat hierzu den Debeka-Vorstandsvorsitzenden **Thomas Brahm** befragt.

Redaktion: Herr Brahm, in den Medien ist von steigenden Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu lesen. Betrifft

das auch die private Krankenversicherung (PKV)?

Thomas Brahm: Ja, auch die PKV ist betroffen. Die Inflation hat alle Lebensbereiche erfasst, und das Gesundheitswesen bildet da keine Ausnahme. Die stationären und ambulanten Behandlungskosten, die Gehälter des medizinischen Personals sowie die Preise für

Medikamente und medizinische Materialien sind stark gestiegen. Bei der Debeka verzeichneten wir 2023 einen Anstieg der Leistungsausgaben um elf Prozent, und bis August 2024 stiegen sie um weitere acht Prozent. Diese Kostensteigerungen wirken sich direkt auf die Beiträge der Versicherten aus. Sie beruhen auch auf einem entsprechenden Anstieg der Behandlungen und damit der eingereichten Kostenbelege. Zwei Beispiele: Die Kosten für eine Blinddarm-OP sind in den letzten vier Jahren um 33 Prozent gestiegen und die Kosten der Pflege für einen durchschnittlichen Pflorgetag

mehrere Millionen Euro kostet. Anders als in einigen Ländern wie Großbritannien gibt es in Deutschland keine Kosten-Nutzen-Abwägungen, sodass wir diese Kosten übernehmen. Das gibt den Patienten Hoffnung, führt aber auch zu höheren Leistungsausgaben.

Redaktion: Was bedeutet das für die Versicherten in der PKV?

Thomas Brahm: Der Verband der Privaten Krankenversicherer hat eine Erhebung durchgeführt, die zeigt, dass die Beiträge im Schnitt zweistellig steigen werden. Bei der Debe-

ka steigt die Beiträge zum Jahreswechsel für 2,5 Millionen Vollversicherte, darunter mehr als zwei Millionen Beihilfeberechtigte. Auch in der GKV erwarten Experten in den kommenden Jahren Beitragssätze von bis zu 20 Prozent.

Bei den männlichen Beamten gab es bei der Debeka zuletzt im Jahr 2021 eine Beitragsanpassung in der Krankenversicherung; sie hatten also vier

Redaktion: Wird diese Beitragsentwicklung so weitergehen?

Thomas Brahm: Die Zukunft ist schwer vorherzusagen, aber ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Beiträge bei der Debeka über die letzten 20 Jahre im Schnitt um drei Prozent pro Jahr gestiegen sind. Langfristig gesehen liegen die Beitragserhöhungen in der PKV auf einem ähnlichen Niveau wie in der GKV, allerdings bei einem höheren Leistungsniveau.

Redaktion: Wie sieht die Beitragsentwicklung im Alter aus?

Thomas Brahm: Viele befürchten hohe Beiträge im Alter, aber bei älteren Beihilfeberechtigten liegen die Krankenversicherungsbeiträge auch nach der Anpassung 2025 bei rund 290 Euro monatlich. Das liegt auch daran, dass der Beihilfesatz im Ruhestand steigt. Wir haben Maßnahmen wie Alterungsrückstellungen und den gesetzlichen Beitragszuschlag, die dazu beitragen, die Beiträge im Alter zu stabilisieren. Bei der Debeka zahlen 90-jährige Versicherte auch nach der Beitragsanpassung nicht mehr als 60-jährige.

Redaktion: Bleibt die Debeka weiterhin ein verlässlicher Partner im Gesundheitswesen?

Thomas Brahm: Ja, definitiv. Mit über fünf Millionen Mitgliedern sind wir der größte private Krankenversicherer in Deutschland. Unsere genossenschaftliche Struktur sorgt dafür, dass alle Einnahmen in die Versicherungsgemeinschaft zurückfließen statt an Aktionäre. Wir bieten unseren Mitgliedern hochwertigen Versicherungsschutz bei niedrigen Verwaltungskosten. Auch wenn die Inflation zu Beitragserhöhungen führt, bleibt die langfristige Stabilität der Debeka ein entscheidender Faktor.

Redaktion: Herr Brahm, vielen Dank für das Gespräch! MM



© Debeka-Versicherung

Thomas Brahm ist Debeka-Vorstandsvorsitzender.

im Krankenhaus haben sich zwischen 2021 und 2023 sogar um 37,5 Prozent erhöht!

Redaktion: Gibt es neben der Inflation weitere Ursachen für die steigenden Kosten?

Thomas Brahm: Der medizinische Fortschritt ist ein weiterer wesentlicher Treiber. Neue Therapien und Medikamente, die schwerwiegende Krankheiten heilen oder chronische Leiden behandeln, sind oft sehr teuer. Ein Beispiel ist ein Medikament zur Behandlung von Muskelschwund, das

ka steigen die Beiträge zum Jahreswechsel für 2,5 Millionen Vollversicherte, darunter mehr als zwei Millionen Beihilfeberechtigte. Auch in der GKV erwarten Experten in den kommenden Jahren Beitragssätze von bis zu 20 Prozent.

Redaktion: Warum steigen die Beiträge schon wieder? Die letzten Anpassungen sind doch unter Umständen noch nicht lange her.

Thomas Brahm: Ja und nein: Anfang dieses Jahres gab es eine branchenweite Anpas-

sung in der Pflegepflichtversicherung und im Jahr 2022 wurde dort auch ein gesetzlich vorgeschriebener Coronazuschlag erhoben. Der war zeitlich begrenzt und ist nach einem Jahr wieder weggefallen. So etwas fällt aber natürlich weniger auf als eine Erhöhung. Im Bereich der Pflegepflichtversicherung wird es übrigens im Januar 2025 keine Erhöhung geben.

Die aktuelle Erhöhung ist notwendig, weil die Leistungsausgaben in vielen Tarifen die kalkulierten Ausgaben überschritten haben. Wir sind gesetzlich verpflichtet, die Beiträge anzupassen, um die Leistungen für unsere Versicherten sicherzustellen.

Erster Jahrestag des Terrorangriffs der Hamas auf Israel

Ministerpräsident Wüst: Nordrhein-Westfalen steht an der Seite von Israel

Stellvertretende Ministerpräsidentin **Mona Neubaur**: „Statt ‚Ja, aber‘ sagen wir deutlich und aus voller Überzeugung ‚Nie wieder ist jetzt!‘“

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** zum ersten Jahrestag des Terrorangriffs der Hamas auf Israel: „Am 7. Oktober 2023 wurde die Welt durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel Zeuge des größten Massenmordes jüdischen Lebens seit der Shoa und unvorstellbarer, grausamer Verbrechen. Ein Jahr später trauern wir noch immer über mehr als 1.000 Menschen, die am 7. Oktober 2023 brutal ermordet wurden. Wir bangen noch immer um das Leben von mehr als 100 Menschen, die sich als Geiseln in den Händen von Terroristen befinden. Und wir beobachten mit großer Sorge, wie der Terrorangriff der Hamas zu einem Flächenbrand einer ganzen Region und zu unermesslichem Leid für unzählige Zivilistinnen und Zivilisten geführt hat. Auch nach einem Jahr gilt wei-

terhin: Die Geiseln müssen freigelassen werden. Das Blutvergießen muss ein Ende haben.

Die Bedrohung und die Angriffe durch den Iran verurteile ich auf das Schärfste. Iran muss diese Aggression sofort einstellen, die vollständige Eskalation der Lage in Nahost muss verhindert werden. Nordrhein-Westfalen steht an der Seite von Israel.

Der Krieg im Nahen Osten hat auch Folgen für uns in Nordrhein-Westfalen: Menschen jüdischen Glaubens sind fast 80 Jahre nach dem Holocaust wieder Zielscheibe von unversöhnlichem Hass. Eine aktuelle Studie zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, die die Antisemitismusbeauftragte **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** in Auftrag gegeben hat, ist alarmierend: Fast ein Viertel der Befragten hat in unterschiedlicher Form antisemitische Einstellungen. Fast die Hälfte der Befragten



NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst beim Besuch und Austausch mit der Jüdischen Gemeinde Bielefeld im Oktober 2023

© Land NRW | Bernd Thissen

will einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Holocaust machen. Dieser Befund tut weh, er fordert uns, er ist inakzeptabel.

Für uns in Nordrhein-Westfalen ist klar: Wir stehen unverrückbar an der Seite der Jüdinnen und Juden in unserem Land. Jüdisches Leben muss offen und ohne Einschränkungen stattfinden können. Eltern müssen ihre Kinder ohne Sorge

in Kindergärten und in die Schule schicken können. Familien müssen Synagogen ohne Angst besuchen können – ganz besonders in diesen für das Judentum so wichtigen Tagen, an denen Neujahrsfest und Versöhnungstag gefeiert werden. Es ist gleichermaßen unsere Pflicht und unsere Überzeugung, dass sich Staat und Gesellschaft Antisemitismus mit allen Mitteln des Rechtsstaats entgegenstellen.“ *MM*

Veranstaltungstipp

Neues Veranstaltungsformat in der Geschäftsstelle

Bürger Rathenow ist aktenkundig

Anlässlich des 35. Jahrestages von „Friedlicher Revolution“ und „Mauerfall“ in der früheren

DDR des Herbstes 1989, lädt der DBB NRW am 25. November 2024 um 16 Uhr in seine Geschäftsstelle zu seinem neuen Veranstaltungsformat akten_kundig. Im Rahmen eines geselligen Gedankenaustauschs wollen wir in lockerer Umgebung über ein zeithistorisches Thema referieren und diskutieren. So freuen wir uns an diesem Nachmittag auf besonde-

re Gäste, wie den Präsidenten des NRW-Landtages, **André Kuper**, sowie den früheren DDR-Bürgerrechtler, sächsischen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und Autor **Lutz Rathenow**.

Der Autor wurde 1952 in Jena geboren. 1973 gründete er dort den Arbeitskreis Literatur, welchen er bis zu dessen Verbot 1975 leitete. Er studierte Germanistik und Geschichte an der

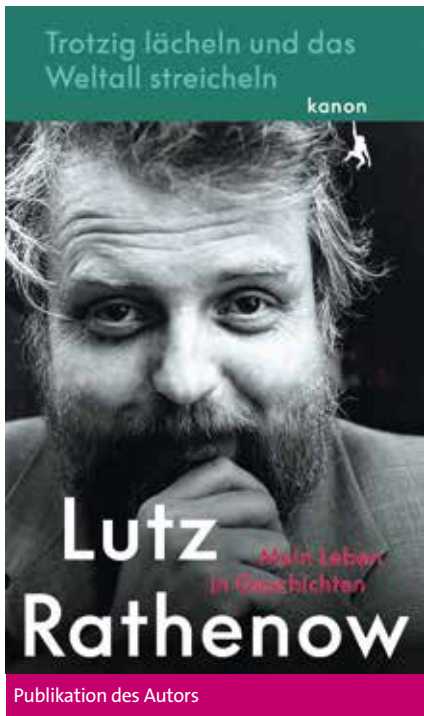
Friedrich-Schiller-Universität (FSU) in Jena. 1977 wurde er aus politischen Gründen vom Studium ausgeschlossen und musste sich anschließend als Transporthilfsarbeiter beim VEB Carl Zeiss Jena „in der Produktion bewähren“ und zog schließlich nach Ostberlin um. 1980 wurde er verhaftet, inhaftiert und gegen ihn ein dreimonatiges Ermittlungsverfahren eröffnet wegen seines ersten nur im Westen erschienenen Buches

35 JAHRE

FRIEDLICHE

REVOLUTION

© kanon Verlag



„Mit dem Schlimmsten wurde schon gerechnet“. Lutz Rathenow engagierte sich aktiv in der unabhängigen Friedens- und Bürgerrechtsbewegung der DDR, unter anderem mit Bärbel Bohley und Gerd Poppe

in der Initiative Frieden und Menschenrechte. Er wurde umfangreich abgehört, etwa 15 000 Seiten Stasiakten über ihn sind als ambivalentes Erbe aus DDR-Zeiten vorhanden. Erst 1992 erfolgte seine politische Rehabilitierung, nachträglich wurde ihm von der FSU Jena das Abschlussdiplom verliehen. Er arbeitet als Rundfunkkolumnist, als Kinderbuchautor, Essayist und als Redakteur der Zeitschrift „liberal“ der Friedrich-Naumann-Stiftung. Von 2011 bis 2021 war er sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Dresden. Lutz Rathenow schlug die DDR mit deren eigenen Mitteln: Nun erzählt er sein Leben als bunte Sammlung von Episoden und Textgattungen.



Weiterhin besteht die Möglichkeit, die anlässlich des 75. Verfassungsjubiläums von der Bundesstiftung Aufarbeitung erstellte Ausstellung über ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit, „... denen mitzuwirken versagt war.“, in der Geschäftsstelle zu besichtigen. Die Ausstellung zum 75. Verfassungsjubiläum steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und

porträtiert 30 ostdeutsche Demokraten, die oft unter Einsatz ihrer Freiheit und auch unter Verlust ihres Lebens für eine freiheitliche demokratische Grundordnung und die Einheit Deutschlands kämpften.

Der Besuch der Veranstaltung ist kostenfrei. Zur besseren Organisation ist die Rückmeldung der Teilnahme an die Geschäftsstelle erbeten.

MM

Studie zum E-Government

Nur Online zu sein, ist auch von gestern

Als Behörde nur online zu sein, genügt inzwischen nicht mehr: Digitale Verwaltungsleistun-

gen müssen einfach und schnell nutzbar sein, damit Bürgerinnen und Bürger in

Deutschland einen klaren Vorteil sehen – hier besteht laut dem „eGovernment Monitor

2024“, einer aktuellen Studie der „Initiative D21“ und „TU München“, noch umfangreicher Handlungsbedarf. Die Analyse vermittelt jährlich mit zunehmender Genauigkeit ein Bild, wie die digitalen Verwaltungsleistungen bei Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Im ersten Überblick der allgemeinen E-Government-Nutzung in den letzten zwölf Monaten zeigt sich in diesem Jahr noch kein Fortschritt, der Wert liegt wie im Vorjahr bei 56 Prozent. In der Schweiz stieg die Nutzung währenddessen auf 66, in Österreich auf 75 Prozent.

In einem Bereich jedoch war jedoch ein deutlicher Fortschritt, sogar ein Sprung, zu verzeichnen: beim Online-Ausweis. Hier stieg die Nutzung

© Jenko Ataman | AdobeStock



Behördengänge vom Wohnzimmer aus erledigen

von 14 Prozent auf 22 Prozent an. Und wie die Studienautorinnen auch klarstellen, ist der Online-Ausweis trotzdem „aktuell weit davon entfernt, eine zentrale Schlüsselfunktion im E-Government zu übernehmen“, denn die überwiegende Mehrheit nutzt ihn eben nicht und 24 Prozent der Befragten geben an, einen Online-Vorgang schon abgebrochen zu haben, weil sie sich digital ausweisen mussten.

Verbessert hat sich dagegen die Zufriedenheit mit den E-Government-Angeboten: um 4 Prozentpunkte auf 62 Pro-

zent (gegenüber Österreich: auf 74 Prozent und der Schweiz: auf 79 Prozent). Hoffnungsvoll stimmt auch, dass das Vertrauen in Leistungsfähigkeit des Staates nicht weiter sinkt – wobei die Frage in diesem Jahr so allgemein nicht gestellt wurde –, sondern sich in einigen Fragen sogar Verbesserungen zeigen. „Der Staat macht mein Leben leichter“: Dieser Aussage stimmen 16 Prozent der Befragten zu (+4 Prozentpunkte), und 29 Prozent trauen dem Staat zu, in drei Jahren alle Behörden- und Amtsgänge online anzubieten.

Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates ist im Hinblick auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr umso wichtiger, der Zusammenhang mit digitalen Verwaltungsdiensten wurde erstmals auch konkret erfragt – und bestätigt: Fast die Hälfte, 48 Prozent, der Befragten bejahen die Aussage: „Wenn ich staatliche Angebote einfach digital nutzen könnte, dann würde dies mein Vertrauen in den Staat stärken.“ Vertrauen spielt auch in Bezug auf KI eine Rolle, die Mehrheit der Befragten steht deren Nutzung offen gegenüber. 68 Prozent erwarten,

dass der Staat moderne Technologien für eine effizientere Verwaltung einsetzt. Die Online-Angebote der Behörden in Nordrhein-Westfalen werden bei Bedarf von 71 Prozent genutzt. Insgesamt liegt die E-Government-Nutzung zwar etwas höher als im Vorjahr, entspricht damit aber dem Niveau von 2021. Auch die Zufriedenheit ist leicht von 58 Prozent auf 62 Prozent gestiegen. Stark angestiegen ist hingegen der Anteil derjenigen, die den Online-Ausweis nutzen – von 9 Prozent im Jahr 2021 auf 24 Prozent in diesem Jahr. MM

Seminartag für Senioren der Fachgewerkschaften

Mit mehr Sicherheit unterwegs im Datenverkehr

Am 26. September 2024 fand in der DBB Geschäftsstelle ein Seminartag für die Seniorenvertreterinnen und -vertreter der Fachgewerkschaften im DBB NRW statt. Nach einem Begrüßungskaffee und der Begrüßung der Teilnehmenden durch die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung erwarteten die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer den Referenten des Vormittags, Rechtsanwalt **Nils Michael Becker**, zum Thema „Wie verwalte ich mein digitales Erbe?“.

Er gab zunächst einen Überblick über mögliche digitale Daten, die zum Erstaunen aller jeder in mehr oder weniger großem Umfang bereits gesammelt hat, damit arbeitet und so das digitale Datenvolumen vergrößert, was wir später hinterlassen. Allein die Menge an Passwörtern, die sich im Laufe der Zeit anhäuft, gilt es richtig aufzubewahren, damit kein Schaden entsteht. Dazu gab der Referent gute, hilfreiche Tipps. Dann folgte die Überlegung, wie man seine Daten nicht nur richtig verwaltet, sondern auch als Erbe richtig übergeben kann. Da es bisher

keine expliziten Regelungen für digitales Erben gibt, zeigte Herr Becker verschiedene Beispiele auf, seinen digitalen Nachlass zu regeln. Möglich ist dies durch eine Ergänzung im Testament oder aber durch Verteilen auf mehrere „Erben“ unter anderem durch Einrichten von Nachlasskontakten in digitalen Geräten oder in den sozialen Medien. Der Referent demonstrierte dies an einigen Beispielen, beantwortete die Fragen, woraus eine lebhaft diskutierte und Austausch zum Thema stattfanden. Leider reichte die Zeit nicht, erste Schritte selbst in kleinen praktischen Übungen auszuprobieren. Daher würden die Seniorenvertreterinnen und -vertreter gerne die interessanten Ausführungen zu diesem Thema insbesondere praxisorientiert weiterverfolgen und vertiefen.

Roland Staudé informierte die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte des DBB, die Modernisierungsoffensive öffentlicher Dienst (vorher Attraktivitätsoffensive ÖD), die nur sehr zögerlich durch die Politik verfolgt wird, den Gesetz-

entwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit (mit der Problematik Partnereinkommen) und den Start in die Tarifrunde öffentlicher Dienst mit der Forderungsfindung am 9. Oktober 2024 und der ersten Verhandlungsrunde am 24. Januar 2025.

Aussage „Ein Leben zu retten, ist keine Frage des Alters, gut vorbereitet kann jeder helfen“ ermutigte der fachkundige Referent vom Arbeiter-Samarter-Bund, Ben Fabry, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ihre Kenntnisse aufzufrischen. Er gab hilfreiche und konkrete Verhaltenstipps für Notfall-



Seniorenvertreterinnen und -vertreter der Fachgewerkschaften des DBB NRW auf dem Seminar

Nach einem gemeinsamen Mittagssnack startete der zweite Teil des Seminartags mit einem „Erste-Hilfe-Kurs, Fresh-up 60+“. „Fit in Erster Hilfe“ denken viele, das sei eher etwas für junge Leute. Erfahrungsgemäß liegt bei vielen älteren Menschen die Unterweisung schon etwas länger zurück. Mit der

situationen im Alltag, beantwortete viele Fragen der Seniorenvertreterinnen und -vertreter woraus sich ein sehr intensiver, kurzweiliger, dennoch informativer Austausch mit der Teilnehmergruppe entwickelte bis zum Ende des Seminartags am späten Nachmittag. MAK

Konsultation mit der FDP-Landtagsfraktion

Öffentlichen Dienst gestalten statt nur verwalten



Stefan Behlau, Marcus Michel, Mathia Arent-Krüger, Achim Hirtz, Dirk Wedel MdL (FDP-Sprecher für Heimat und Kommunales | Sprecher für Haushaltskontrolle), Carolin Bruning (FDP-Referentin für Haushalt und Finanzen sowie Haushaltskontrolle), Roland Staude, Henning Höne MdL (FDP-Fraktionsvorsitzender), Frank Meyers, Erich Rettinghaus (von links)

© DBB NRW | Christian Kratzsch

Zur Vorstellung des neuen Landesvorstandes des DBB NRW trafen sich am 18. September zahlreiche Mitglieder mit Vertretern der FDP-Landtagsfraktion. Im konstruktiven Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden

Henning Höne und dem Abgeordneten **Dirk Wedel** wurden gemeinsame Schnittmengen zur Ausgestaltung und Entwicklung des öffentlichen Dienstes in NRW (Tarifbeschäftigte und Beamte) ausgelotet.

Weiterhin wurden die Themen Besoldung, Versorgung, Laufbahnrecht, Jobrad, Arbeitszeit (Bagatellgrenze) angesprochen sowie bereits konkrete Überlegungen zur Modernisierung und Attraktivierung des öffent-

lichen Dienstes diskutiert. Schwerpunkte waren dabei die spartengerechte Ausrichtung flexibler Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten sowie die Modernisierung der Tarif- und Besoldungsstruktur. **MM**

Senioren

Mathia Arent-Krüger herzlich verabschiedet

Hubert Meyers neuer Vorsitzender der Seniorenvertretung des DBB NRW

Am 15. Oktober 2024 fand in der Geschäftsstelle die konstituierende Sitzung der Landes seniorenvertretung des DBB NRW statt. Nach der herzlichen Verabschiedung der scheidenden Vorsitzenden **Mathia Arent-Krüger** fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Zum neuen Vorsitzenden wurden **Hubert Meyers** (komba), als stellvertretende Vorsitzende **Guido Arens** (vdla) und **Albert Hohenlöchter** (VBE) gewählt. Die Seniorenvertretung des DBB NRW setzt sich zusammen aus den benannten Vertreterinnen und Vertretern der DBB Mitgliedsgewerkschaften in NRW, die Ruhestandsbeamtinnen und -beamte oder Rentnerinnen und Rentner sind. Die DBB Seniorenvertretung NRW vertritt die

seniorenpolitischen und -rechtlichen Angelegenheiten der Senioren in den Mitgliedsgewerkschaften gegenüber Politik, Parteien und Medien gegen-

über anderen Seniorenorganisationen und -verbänden verbandsintern, in den Beschlussgremien des DBB NRW, in der dbb bundesseniorenver-

tretung und in der Zusammenarbeit mit den in den Mitgliedsgewerkschaften organisierten Senioren. **MM**



Neuwahl des Vorstandes der Landesseniorenvertretung des DBB NRW in der Geschäftsstelle

© DBB NRW | Christian Kratzsch

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (1. Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Mathia Arent-Krüger, Markus Klügel, Christian Kratzsch

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de.

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 46, gültig ab 1.1.2024. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Mit 16,5 Millionen Schritten bis Japan

dbb jugend nrw feiert Abschluss von Millionenprojekt

In einer großen Schritte-Challenge hatte die dbb jugend nrw ihre Mitglieder aufgerufen, im August 25 Tage lang täglich mindestens 7 000 Schritte zu laufen. Der Lohn: neben positiven Auswirkungen auf die Gesundheit ein Sommerfest am See, gesponsort von der NÜRNBERGER. Am Ende lag das durchschnittliche Tagespensum noch deutlich darüber und die 86 Teilnehmer/innen liefen zusammen mal eben bis nach Japan.

Rund 16,5 Millionen Schritte – exakt 16 454 118 – standen nach Beendigung der Schritte-Challenge der dbb jugend nrw auf der Uhr. Da war selbst der Ansprechpartner der NÜRNBERGER Versicherung baff, mit dem die dbb jugend nrw die Challenge erdacht hatte. „Ihr seid zusammen rund 10 000 Kilometer gelaufen. Das ist mehr als die Strecke Deutschland–Japan oder Deutschland–Kalifornien. Mit dieser Distanz seid ihr 25-mal zur Raumstation ISS gereist und habt das durchschnittliche

Laufergebnis einer Bundesligamannschaft von über 82 Bundesligaspielen erlaufen. Hättet ihr Kabeltrommeln mitnehmen wollen, die man auf 25 Meter ausrollen kann, hättet ihr rund 400 000 Stück davon gebraucht“, zeigte sich **Dean Rokossa** von der NÜRNBERGER schwer beeindruckt.

Auch die dbb jugend nrw ist mächtig stolz auf ihre Mitglieder. Die Challenge wurde gemeinsam gewonnen. Solidarisch – ganz im Gewerk-

schaftsgeist – trug jede(r) so viel zum Endergebnis dabei, wie er beziehungsweise sie eben konnte. Wer mehr Schritte schaffte, half denen, die weniger Schritte zurücklegten. Am Ende wurde das ausgerufen Ziel deutlich übertroffen und alle Teilnehmer/innen konnten sich über ein Sommerfest an der Duisburger Sechs-Seen-Platte bei schönstem Sommerwetter freuen. Dazu gab es noch – neben ganz vielen magenta Vibes – ein schickes Trikot, eine hoch-

wertige Gesundheits-App, ein Goodie-Bag und die Chance auf einen Tombola-Gewinn.

Die diesjährige August-Aktion stand ganz im Zeichen des aktuellen Jahresmottos der dbb jugend nrw „mental stark – gemeinsam aktiv“. Neben verschiedenen Seminaren, Workshops und Aktionen war vor allem die Schritte-Challenge eine gelungene Animation zu mehr Bewegung und einem gesünderen (Arbeits-)Alltag.

MK



© dbb jugend nrw

Rund 16,5 Millionen Schritte sammelten 86 Mitglieder der dbb jugend nrw bei der diesjährigen August-Aktion des Verbandes.